



Jürgen Peters

Erster Vorsitzender der IG Metall

Rede zum Tag der Arbeit

1. Mai 2006, München

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Einleitung

Kolleginnen und Kollegen,

es ist nicht zu übersehen:

Es hat sich vieles geändert in unserem Land!

Es wird immer deutlicher:

Die Arbeitgeber wollen zurück in die Kommando-Gesellschaft des 19. Jahrhunderts.

Sie ordnen an - und wir haben zu kuschen.

So stellen die sich das vor!

Zurück in die Zeiten des Manchester-Kapitalismus!

Das ist ihr Ziel!

Wir erleben eine konzertierte Aktion auf unsere tarifpolitischen Erfolge.

Wir erleben eine konzertierte Aktion gegen die sozialen Errungenschaften unseres Gemeinwesens.

Wir erleben eine konzertierte Aktion gegen die demokratischen Errungenschaften unseres Sozialstaates.

Da wollen einige Wirtschaft und Gesellschaft umkrempeln.

Da wollen einige die Gesellschaft dem Diktat der Ökonomie unterwerfen.

Jetzt und sofort!

Da vergeht kein Tag, an dem nicht irgendjemand

- die Tarifaautonomie als Grundübel diffamiert
- den Sozialstaat als zu teuer abqualifiziert
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Standortrisiko an die Wand malt.

Kolleginnen und Kollegen,

Tag für Tag müssen wir hart für den Erhalt unsere tarifpolitischen Erfolge kämpfen.

Im öffentlichen Dienst wird seit Wochen gestreikt.

In den Kommunen ist unter schwierigsten Bedingungen ein Abschluss gelungen!

In den Ländern wird weiter gerungen!

Die NGG hat bei Gate Gourmet gerade den längsten Streik ihrer Geschichte führen müssen.

In der Metall- und Elektroindustrie sind wir nur knapp am Streik vorbei geschlittert.

Kolleginnen und Kollegen,

wir kämpfen an unterschiedlichen Fronten!

Aber in der gleichen Linie!

Es geht um unbezahlte Arbeitszeitverlängerung!
s geht um Lohnerhöhung!

Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen!

Und es geht auch um ein Stück Humanität!

Innerhalb wie außerhalb der Arbeitswelt!

Es geht um ein Stück Würde des Menschen.

Die Metallarbeitgeber haben die Erhol- und Bedürfniszeiten,
Mindesttaktzeiten und die Mitbestimmung bei der Gestaltung von Fließband-
oder Akkordarbeit als „baden-württembergische Krankheit“ bezeichnet!

Als Relikte vergangener Zeit!

Verdi streikte unter anderem für den Erhalt der 38,5 - Stunden-Woche!

Und muss sich anhören, sie kämpften um Privilegien des öffentlichen
Dienstes.

Kolleginnen und Kollegen,

was für die Arbeitgeber eine Krankheit oder ein Privileg ist, ist für uns ein
Beitrag zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen!

Darum:

Wir müssen uns gemeinsam gegen diese Roll-Back-Politik der Arbeitgeber
aufstellen.

Hier und heute!

Morgen und übermorgen!

Wir wehren uns gegen ein Denken, das alle sozialen Errungenschaften in
Frage stellt!

Wir wehren uns dagegen, dass nur noch Renditen und Reichtumsmehrung für Aktionäre zählen.

Wir wehren uns dagegen, wenn die öffentlichen Haushalte auf Kosten der Beschäftigten saniert werden sollen.

Wir wehren uns gegen das Denken der Arbeitgeber:

„Billiger, länger und härter“.

Es bleibt dabei:

Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt unseres Handelns!

„Deine Würde ist unser Maßstab“

Dafür stehen wir heute hier!

Der Mensch ist wichtiger als der Geldbeutel des Aktionärs!

Dafür kämpfen wir:

Heute!

Morgen!

Und übermorgen!

2. Tarifrunde

Kolleginnen und Kollegen,

Ohne Druck kein Ruck!

Das hat die Tarifrunde in den Metall- und Elektroindustrie gerade gezeigt.

Die Arbeitgeber haben die Friedenspflicht zunächst in keiner Weise genutzt um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Ihr erstes Angebot war ein schlechter Witz!

1,2% für 12 Monate.

Und noch mal 1,2% für weitere 12 Monate.

Plus zwei Einmalzahlungen von 0,6 % und 0,4%.

Sie haben Öl ins Feuer gegossen und sich dabei die ordentlich die Finger verbrannt!

Das ist gut so!

Dafür haben die Metallerinnen und Metaller gesorgt!

Ich bin stolz auf die knapp 1 Million Beschäftigten, die in eindrucksvollen Warnstreiks und Aktionen gezeigt haben:

So lassen wir nicht mit uns umspringen.

Ich bin stolz auf die Metallerinnen und Metaller die bereit waren für unsere Forderungen Flagge zu zeigen.

Letztlich hat das die Arbeitgeber zur Vernunft gebracht.

Letztlich hat das dazu geführt ,dass wir einen vernünftigen Kompromiss erreicht haben.

Gutes Geld für gute Arbeit!

Darum geht es.

Drei Prozent können sich sehen lassen.

Und obendrauf noch die Einmalzahlung.

Das macht rund 3,4 Prozent.

Die Zeit des Verzichts ist vorbei!

Kolleginnen und Kollegen,

Durchgesetzt haben wir uns auch beim Tarifvertrag zu Weiterbildung und Qualifizierung.

Alle wissen:

Aus- und Weiterbildung ist heutzutage die Voraussetzung für die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.

Durchgesetzt haben wir uns ebenso bei unserer Forderung nach einer zeitgemäßen Neuauflage des Tarifvertrags über vermögenswirksame Leistungen.

Diese wird künftig für die betriebliche Altersversorgung genutzt werden.

Das ist ein richtiger und wichtiger tarifpolitischer Beitrag zur Alterssicherung der Beschäftigten.

3. Rente mit 67

Kolleginnen und Kollegen,

Gemeinsam sind wir stark!

Gemeinsam können wir was bewegen!

Das gilt auch gegenüber der Politik!

Sie ist viel zu lange den neoliberalen Meinungsmachern auf den Leim gegangen!

Damit muss Schluss sein!

Die Marktgläubigkeit hat lange genug den Zeitgeist in Deutschland bestimmt.

Mittlerweile weiß man, welche Folgen diese Politik hat.

Da wurden soziale Leistungen zurückgefahren!

Da wurden die Steuern gesenkt!

Für die Unternehmen.

Geradezu Geld verschenkt!

Die versprochenen Arbeitsplätze hat das nicht gebracht!

Im Gegenteil:

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Und die soziale Spaltung nimmt zu.

Statt diese Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und gegenzusteuern, geht's nach dem Motto:

Weiter so!

Und das heißt:

Sozialabbau!

Abbau von Arbeitnehmerrechten!

Leistungskürzungen!

5 Millionen Menschen sind arbeitslos.

Und jetzt sollen die, die Arbeit haben, bis 67 arbeiten!

Das ist wirklich ein schlechter Witz.

Wir haben für 5 Millionen Menschen keine Arbeit und die, die noch Arbeit haben, sollen länger arbeiten, damit die, die keine haben, auch keine Chance bekommen.

Das ist wirklich blanker Zynismus.

Das ist absurd!

Rente mit 67 ist schlicht ein Renten Kürzungsprogramm.

Deshalb:

Diese Pläne müssen vom Tisch.

Basta!

Kolleginnen und Kollegen,

keine Frage: Das Rentensystem muss reformiert werden.

Diese Finanzbasis der gesetzlichen Rente wurde in den letzten Jahren geschwächt:

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geht zurück!

Als Folge von Massenarbeitslosigkeit und Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse.

Jetzt aber weiter auf Sozialabbau zu setzen - das ist der falsche Weg!

Jetzt weitere Einschnitte bei den Leistungen vorzunehmen - das ist unzumutbar!

Wir bleiben dabei:

Das solidarische Rentensystem muss den Lebensstandard im Alter sichern.

Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung!

Wir wollen ein solidarisches Rentensystem!

Wir wollen ein System in das alle Erwerbstätigen und alle Einkünfte einbezogen werden!

4. Gesundheitsreform

Kolleginnen und Kollegen,

ein weiteres Feld, das uns in den nächsten Monaten viel Freude bereiten wird, ist die Gesundheitspolitik!

Auch hier ist unsere Position klar:

Wir wollen, dass mit einer solidarischen Bürgerversicherung die Finanzierung des solidarischen Systems ergiebig, dauerhaft und nachhaltig organisiert werden kann.

Dabei gilt:

Wer mehr hat, der zahlt mehr!

Breite Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Nun hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion mit einem Vorschlag zu Wort gemeldet.

Er will einen zentralen Fonds.

Sämtliche Einnahmen sollen dort verwaltet und an die einzelnen Krankenkassen weitergeleitet werden.

Pro Versicherten eine bestimmte Summe.

Die Beiträge werden dafür eingefroren.

Mehrausgaben für Gesundheit und steigende Kosten sollen über eine - wie er es nennt - Prämie finanziert werden.

Natürlich von den Versicherten allein bezahlt!

Die Arbeitgeber bleiben außen vor!

Kauder nennt das einen Kompromiss zwischen Kopfpauschale und Bürgerversicherung!

Ich sage:

Das was er uns da unterjubeln will, ist ein trojanisches Pferd zur Abkehr vom Solidarprinzip!

Das was Kauder will, ist: die Arbeitgeber werden entlastet.
Die Arbeitnehmer belastet.

Damit muss endlich Schluss sein!

Wir sind es leid, dass wieder zu Lasten der Kranken Politik gemacht werden soll!

5. Kündigungsschutz

Kolleginnen und Kollegen,

so wie wir gegen weitere Verschlechterungen in der Gesundheitspolitik antreten, so werden wir uns auch gegen die geplanten Einschränkungen beim Kündigungsschutz wehren.

Frankreich hat gezeigt, welch' sozialer Sprengstoff sich hinter dem weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten verbergen kann.

Die Politik kann den Menschen nicht permanent Zumutungen abverlangen und Zukunftsperspektiven nehmen.

Irgendwann ist das Maß voll.

Kolleginnen und Kollegen,

die Lockerung des Kündigungsschutzes bringt nicht einen Arbeitsplatz.

Im Gegenteil!

In Zeiten von Massenentlassungen ist die Forderung nach weiterer Flexibilisierung des Kündigungsschutzes pure Ideologie und purer Zynismus.

Hans Mundorf, der ehemalige Chefredakteur des Handelsblattes, hat dazu das passende gesagt:

„Es ist nun einmal nicht einzusehen, warum eine Lockerung des Kündigungsschutzes zum Angebot zusätzlicher Arbeitsplätze und nicht zum bloßen Austausch von Arbeitnehmern führen würde; wie ja eine Liberalisierung des Scheidungsrechts nur den Ersatz der älteren durch jüngere Ehefrauen bewirkte, nicht aber eine Zunahme der Eheschließungen.“

Kolleginnen und Kollegen,

Nationale wie internationale Studien zeigen:

Der Kündigungsschutz ist kein Einstellungshemmnis.

Die Lockerung des Kündigungsschutzes bringt keine Arbeitsplätze.

Deshalb:

Hände weg vom Kündigungsschutz!

6. Schluss

Kolleginnen und Kollegen,

Nicht der Sozialstaat führt zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!

Nicht Tarifloohnerhöhungen führen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen!

Nicht die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefährdet den Standort Deutschland!

Sondern Missmanagement, verfehlte Geschäftspolitik genauso wie überzogene Renditeerwartungen der Kapitalgeber!

Renditeerwartungen von 15%, 20 % und mehr.

Rentable Werke werden geschlossen und ins Ausland verlagert.

Von heute auf morgen.

Da werden Leute arbeitslos - da bluten Regionen aus.

Die zahllosen Beispiele wie Continental zeigen:

Rekordgewinne und Rekorddividende auf der einen Seite.

Stilllegungen und Standortschließungen auf der anderen Seite.

Damit muss endlich Schluss sein!

Diese völlig überzogenen Renditeerwartungen erdrosseln die Produktion!

Sie vernichten Arbeitsplätze!

Stellen die Menschen ins Abseits.

Da heißt es:

Eigentum verpflichtet!

So jedenfalls steht es im Grundgesetz!

Dort steht nicht: Eigentum verpflichtet zu nix!

Deshalb:

Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen wieder im Mittelpunkt unternehmerischen und politischen Handelns stehen!

Lasst uns gemeinsam gegen das Meinungskartell der Egoisten und Profitsüchtigen angehen.

Kolleginnen und Kollegen,

Der 1. Mai ist auch ein Tag gegen Rassenhass und Faschismus.

Der brutale Überfall auf einen Menschen äthiopischer Abstammung zeigt wieder einmal die erschreckende Aktualität des Themas.

Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass wir jede Form von Ausländerfeindlichkeit auf schärfste verurteilen und bekämpfen.

Erschreckend sind daher die Äußerungen von Innenminister Schäuble. Schäuble sagt sinngemäß:

Die Ausländer sollen sich nicht so anstellen, die schlagen auch gerne zu.

Natürlich gibt es Gewalttaten von ausländischen Mitbürgern gegen Deutsche.

Wer diese jedoch mit einem rassistischen Überfall aufrechnet, der gießt Öl in Feuer.

Der tritt dem Rassismus nicht entgegen, sondern bereitet ihm den Boden.

Das ist beschämend!

Für das Amt des Innenministers!

Für unser Land.

Deshalb gilt es heute klar Stellung zu beziehen:

Gegen Fremdenfeindlichkeit!

Gegen Faschismus!

Für ein friedliches und faires Miteinander.

Auch hier gilt:

„Deine Würde ist unser Maß!“

Glückauf.